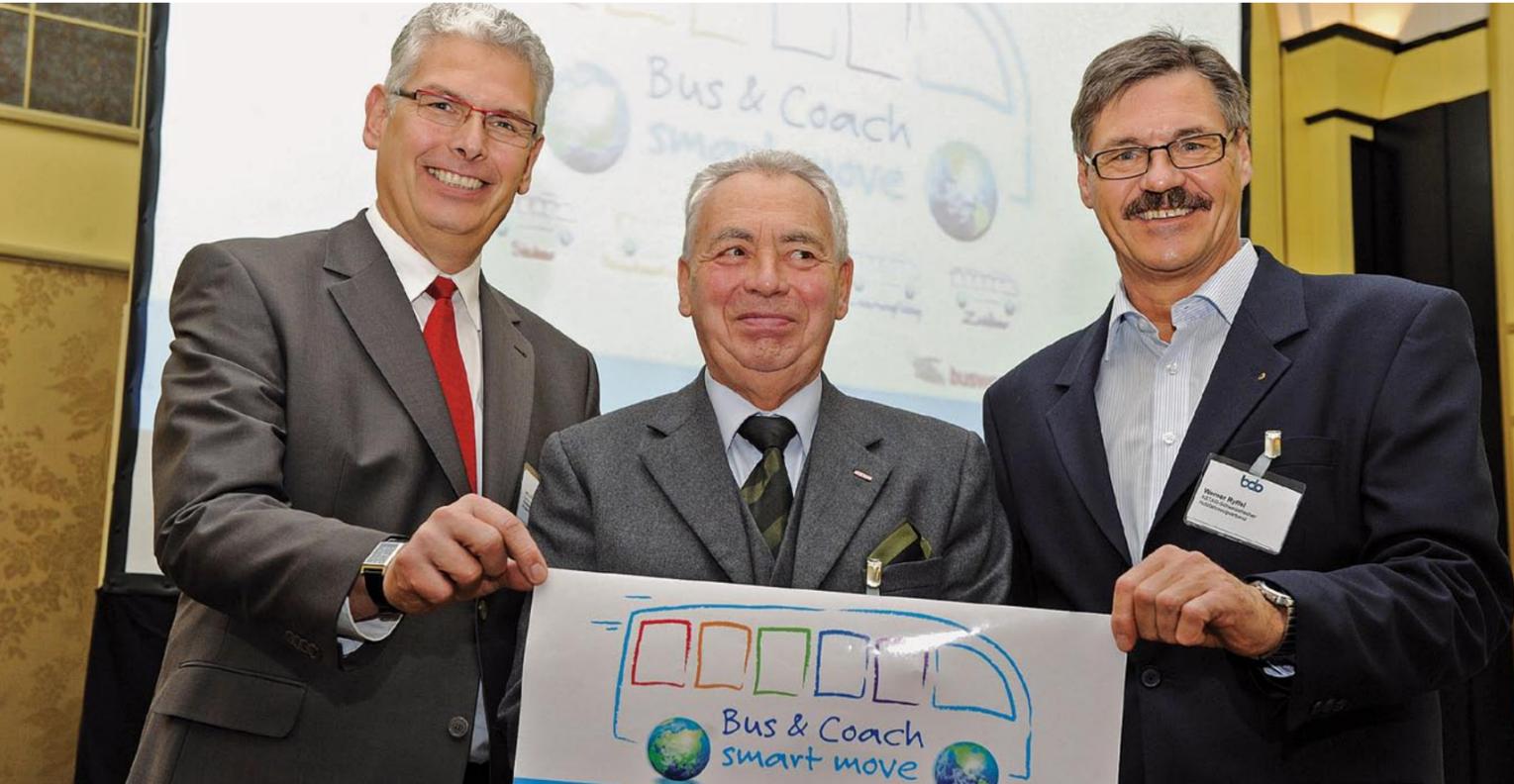


Wirtschaftsfaktor Bus

Mit viel Selbstbewusstsein formulierte der bdo auf seinem achten Kongress am 16. und 17. März 2010 in Berlin die Erwartungen des privaten Busgewerbes gegenüber der Politik. ÖPNV und die Bustouristik standen im Mittelpunkt beim ersten Doppelkongress des Spitzenverbandes.



bdo-Präsident Wolfgang Steinbrück empfing in Berlin auch die Präsidenten der Partnerverbände aus Österreich und der Schweiz, Karl Molzer und Werner Ryffel. Gemeinsam kämpfen sie in Brüssel für die Interessen der Branche und stellten in der deutschen Hauptstadt die smart move-Kampagne vor

Vor mehr als 300 Teilnehmern forderte bdo-Präsident Wolfgang Steinbrück auf dem achten Kongress des Verbandes am 16. und 17. März in Berlin eine mittelstandsfreundliche Politik im Sinne der Bustouristik und der privaten Busunternehmer im ÖPNV. „Förderung statt Bestrafung“ erwarte der Verband für den umweltfreundlichsten und sichersten Verkehrsträger, an dem über eine Million Arbeitnehmer partizipieren, so Steinbrück. Am ersten Tag der Veranstaltung, der ganz im Zeichen der Bustouristik stand, formulierte Steinbrück unter Applaus der Kongressteilnehmer sechs Hauptforderungen des Verbandes. „Der umweltfreundliche Bus muss aus der Umweltzonen-Bestimmung herausgenommen werden“, begann Steinbrück. Es könne nicht sein, dass dem umweltfreundlichsten Verkehrsträger das Leben schwer gemacht werde. Wichtig für die Bustouristik sei zudem eine europaweit einheitliche Anerkennung des

Nachweises für arbeitsfreie Zeiten von Busfahrern. Es dürfe keine Busmaut im Busfernlinienverkehr geben, setzte Steinbrück fort, das grüne EU-Fahrtenblatt müsse abgeschafft und Bürokratie sowie Gebühren abgebaut werden. Auch die modifizierte Wiedereinführung der 12-Tage-Regelung sei noch nicht die endgültige Lösung.

DER BDO FORDERT DIE HERAUSNAHME DES BUSSES AUS DER UMWELTZONEN-BESTIMMUNG UND SPEZIFISCHE LENK- UND RUHEZEITEN

„Wir fordern flexible, busspezifische Lenk- und Ruhezeiten. Busunternehmer sind keine Lkw-Fahrer, wir befördern Menschen“, sagte der bdo-Präsident. Dass der deutsche Spitzenverband mit dieser Forderung in Europa nicht alleine dasteht, stellten die Präsidenten der Partnerverbände aus Österreich und der Schweiz, Karl Molzer und Werner Ryffel, her-

aus, die traditionell der Einladung des Verbandes nach Berlin gefolgt waren.

Erste Ergebnisse der Studie „Wirtschaftsfaktor Bus“ stellte zu Beginn der Veranstaltung Dr. Bernhard Harrer vom Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Institut für Fremdenverkehr (dwif) aus München vor. Ziel der Studie ist es, die große volkswirtschaftliche Bedeutung des Bustourismus zu verdeutlichen. Die ersten Ergebnisse konzentrierten sich auf die Gästebefragung, die das Institut mit Hilfe von Busunternehmern durchgeführt hat. Es zeige sich, so Harrer, dass Busgäste durchschnittlich bei Tagesreisen zusätzliche Ausgaben von ungefähr 50 Euro tätigen, die beispielsweise dem Gastgewerbe oder dem Einzelhandel zugutekommen. „Davon profitiert das Zielgebiet“, stellte Harrer heraus. Mit der Studie, die im

FOTOS bdo



Steinbrück erhielt auf dem bdo-Kongress den inprodi-Innovationspreis 2010 für seine Verdienste um die Branche (o.)

Sommer abgeschlossen werden soll, sei man gegenüber anderen Branchen Vorreiter, erklärte Harrer und forderte die Busunternehmer erneut auf, sich daran zu beteiligen. Interessante Ergebnisse für die Busbranche hatte der Wirtschaftswissenschaftler auch aus dem Qualitätsmonitor Deutschland-Tourismus abgeleitet. Anhand diesem zeigte er auf, dass

Geschäftsführer des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) in seinem Vortrag. Er halte alles am Leben, das müsse man mehr bewerben. Unter Applaus forderte er, unrentable Schienenverkehre einzustellen und durch rentableren Straßenverkehr zu ersetzen. Dabei gehe es ihm nicht darum, die Verkehrsmittel gegeneinander auszuspielen. „Jedes Verkehrsmittel soll das tun, was es am besten kann.“ Gut gemeint, aber schlecht gemacht seien, so Lindemann, die Umweltzonen in deutschen Städten. Er forderte unter Beifall: „Euro-3-Busse müssen bundeseinheitliche Ausnahmegenehmigungen bekommen“ und zeigte sich zuversichtlich, dass dies auch kommen wird. Denn: „Man kann nicht auf Dauer Politik gegen Logik machen!“

„Reiserechtliche Probleme und Lösungen aus der Sicht der Bustouristik“ machte Rechtsanwalt Rainer Noll von der Rechtsanwaltskanzlei Noll aus Stuttgart zum Thema seines Vortrags. Im Mittelpunkt seiner Arbeit stünde weiterhin das Pauschalreiserecht, das, wie Noll klar machte, überreguliert sei. Er mahnte an, dass gerade mit den Geschäftsbedingungen des Reiseveranstalters noch stiefmütterlich umgegangen werde. „Die Reisebedingungen müssen jährlich gewartet werden“, erklärte er. Und das nicht nur bei den Inhalten, sondern auch bei der Darstellung. Er verwies dabei auf die Musterreisebedingungen, die er im Auftrag des bdo erarbeitet hat. Eine weitere Unterstützung bieten Noll und der bdo Busunternehmern mit einer Schriftenreihe zu rechtlichen Themen, darunter Verträge mit Beherbergungsunternehmen. Diese seien zunehmend problematisch, da die Sitten bei den Hotels rauer geworden seien. Der elektronische Geschäftsverkehr spiele ebenfalls eine immer wichtigere Rolle, so Noll. Auch hier soll eine Broschüre die Unternehmer unterstützen.

„Schaffen Sie Erlebnisse“, forderte Jürgen Krause, der das Marketing der Weissen Flotte in Waren an der Müritz verantwortet, in seinem Vortrag „Neue Produkte in der Bustouristik. Was bleibt, was kommt?“. „Die Basis, auf der sich die Produktentwicklung in der Touristik aufbaut, ist eine neue“, erläuterte er. Die geringere Zahl der Busreisenden damit zu begründen, dass sie weniger Geld haben, sei zu einfach. Entscheidend sei die Entwicklung der Gesellschaft hin zur Erlebnisgesellschaft. In dieser neuen Etappe wollen die Reisenden etwas erleben, ihre subjektiven, emotionalen Erwartungen befriedigen. Dies sei eine völlig neue Herausforderung für die Bustouristik, „darauf müssen Sie Ihre Produkte ausrichten.“

„Wir haben gezeigt, was der Bus für den Tourismus in Deutschland bringt“, fasste bdo-Hauptgeschäftsführer Gunther Mörl den ersten Tag zusammen. Über eine Million Arbeitsplätze hängen direkt oder indirekt am Bustourismus. >



Reiserechtliche Probleme: RA Rainer Noll



Innovativer Omnibus: Dr. Kay Lindemann



Wirtschaftsfaktor Bus: Dr. Bernhard Harrer



Fordert Begeisterung: Gunther Mörl



Erlebnisse schaffen: Jürgen Krause

Er habe Chancen, die das Flugzeug und die Bahn nicht haben. Jetzt liege es an den Unternehmern, diese Chancen umzusetzen. Es gehe dabei um Begeisterung, nicht mehr allein um eine Dienstleistung. Der Bus biete vielerlei Argumente, die für ihn sprechen. „Wenn dem so ist, dann wollen wir auch eine entsprechende Behandlung haben“, appellierte er an die Politik. Aber dafür müsse nicht nur der Verband kämpfen, „Sie müssen selber etwas machen“, so Mörl.



Der Verband begrüßte Erich Hinsken



Modernisiertes Vergaberecht: Prof. Dr. Holger Zuck



Bayern für den Mittelstand: Katja Hessel



Vorrang kommerzieller Verkehre: Enak Ferlemann

Mit ebenso klaren Worten führte Steinbrück in den zweiten Tag des Kongresses ein, welcher der Gewerbepolitik und dem ÖPNV gewidmet war. Im Mittelpunkt stand die anstehende Novellierung des PBefG. Der Vorrang kommerzieller Verkehre müsse erhalten bleiben, forderte Steinbrück und lobte die Regierung, die diese Absicht bereits im Koalitionsvertrag festgehalten hat. „Wer eine Systemänderung will, ist für Planwirtschaft“, so Steinbrück. Was „alle Macht den Räten“ bringe, zeige sich in Hessen, wo viele Mittelständler vom Markt gefegt wurden. „Eine solche Entwicklung können wir nicht zulassen“, formulierte Steinbrück unter dem Beifall der Teilnehmer.

Enak Ferlemann MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, bestätigte sogleich die Aussagen der Koalitionsvereinbarung. Bei der Novellierung des PBefG halte sich „der Anpassungsbedarf in Grenzen“, so Ferlemann. Man wolle den Vorrang kommerzieller Verkehre gewährleisten, der Staat werde nur eingreifen, wenn der Markt die Bedürfnisse nicht befriedigen kann. Ein entsprechender Gesetzesentwurf werde vorbereitet, im Herbst hoffe man, das Gesetzgebungsverfahren zu beginnen. Er machte aber zugleich klar, dass auch § 13 des PBefG geändert werde. Mit dem Busfernlinienverkehr wolle man eine Verbesserung für den Kunden schaffen. „Die DB fährt schon viele Linien, daher gehe ich davon aus, dass sie uns unterstützen werden“, scherzte Ferlemann und sorgte für Applaus. „Wir rechnen mit einer hohen Nachfrage“, so der Staatssekretär, der die privaten Unternehmer aufforderte, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Ferlemann appellierte weiter, die Verkehrsträger nicht gegeneinander auszuspielen. „Jedes Verkehrssystem ist wichtig in diesem Land. Es werden alle gleich behandelt. Wir sind genauso für die Bahn wie für den Bus und die Binnenschiffe. Jeder Verkehrsträger hat seinen Nutzen.“ In Sachen Umweltzone mahnte Ferlemann Verhältnismäßigkeit an, ebenso bei den Ausnahmen. Diese wolle man möglichst bundesweit einheitlich regeln.

Nachdem im diesen Jahr die PBefG-Novelle im Mittelpunkt steht, wolle das Ministerium 2011 über die Finanzierung im ÖPNV diskutieren.

Nicht nur dem Bund, auch „Bayern liegt der ÖPNV und der Busverkehr am Herzen“, sagte Katja Hessel, Staatssekretärin im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie. In Bayern stünde der Mittelstand im Mittelpunkt der Politik, so Hessel, denn „Sie betreiben weit über die Hälfte des ÖPNV und prägen Qualität.“ In Sachen 1370/2007 machte sie deutlich, dass das Eckpunktepapier des VDO und des bdo eine gute Grundlage sei. In wesentlichen Punkten gebe es Übereinstimmung. „Am Vorrang kom-



Wolfgang Steinbrück empfing die tourismuspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Marlene Mortler



Viel Lärm, aber in Harmonien, brachte das interessante Abendprogramm. Am Ende auch ein schrottreifes Auto



Im Tipi sammelte sich die Branche und feierte bis in die frühen Morgenstunden

merzieller Verkehre muss festgehalten werden“, so die Staatssekretärin. „Die Zukunft bietet Ihnen viele Herausforderungen aber auch viele Chancen“, schloss Hessel ihre Ausführungen. Man müsse überzeugen, dass der Bus flexibler ist als die Bahn und genauso komfortabel. „Da unterstütze ich Sie gerne!“

„Krise und Gesellschaft. Wo bleibt der Mittelstand?“ fragte Prof. Dr. Herfried Münkler vom Lehrstuhl Politische Theorie der Humboldt-Universität Berlin. Die moderne Krise zeichne sich dadurch aus, dass sie die Konzentrierung verstärke, erklärte Münkler. Kleine Unternehmen würden vernichtet, große profitieren, auch weil sie leichter an staatliche Hilfen kommen. Da sollte die Politik Grenzen setzen und Neugründungen im Mittelstand ermöglichen, forderte er. Denn „der starke Mittelstand ist wichtig, nicht nur wirtschafts- sondern auch gesellschaftspolitisch“, so Münkler. Der Mittelstand ermögliche eine hohe Beschäftigungsquote, sei Aufstiegsschleuse und bringe ein Element der Kontinuität. Mittelständler sind

keine „ökonomischen Wellenreiter“, sie zeigen eine Bindung an die Region.

Ausschreibung oder Direktvergabe? Die Verordnung 1370/2007 und die Novellierung des PBefG stand im Mittelpunkt des Vortrages von Prof. Dr. Jan Ziekow vom Lehrstuhl für öffentliches Recht der Deutschen Hochschule für

PROF. DR. JAN ZIEKOW: EINE AUFHEBUNG DES VORRANGS EIGENWIRTSCHAFTLICHER VERKEHRE IST VERFASSUNGSWIDRIG

Verwaltungswissenschaften in Speyer. Ziekow machte deutlich, dass eine gesetzliche oder faktische Aufhebung des in § 8 Abs. 4 PBefG normierten Vorrangs eigenwirtschaftlicher Verkehre verfassungswidrig sei. „Es bleibt Raum für unternehmerische Eigeninitiative“, fasste Ziekow zusammen und bestätigte damit die Position des bdo.

Klare Worte im PBefG zur mittelstandsfreundlichen Vergabe forderte Prof. Dr. Holger Zuck

von der Anwaltskanzlei Zuck aus Stuttgart in seinem Vortrag „Das modernisierte Vergaberecht und seine Auswirkungen auf den ÖPNV“. Da es bei der Vergabe auch stark auf den politischen Willen vor Ort ankomme, seien Regelungen im PBefG anzustreben, „zum Vorrang von Direktvergaben und zum Vorrang der Direktvergabefähigen Ausgestaltung.“

„Die mittelständischen Busunternehmen in Deutschland sind einfach unersetzlich“, stellte Gunther Mörl in seinem Vortrag „Der Mittelstand in ÖPNV und Bustouristik. Chancen und Perspektiven“ fest. Man habe ein außerordentlich gutes Zukunftspotenzial, aber man müsse endlich aufwachen, denn es gebe auch grundlegende Wandlungen. Das seien die neuen Rahmenbedingungen, aber auch die veränderte Nachfrage der Kunden. Ein Unternehmer müsse heute „gucken, auf was konzentrier‘ ich mich, wo verdiene ich Geld, oder was begeistert mich“.

Finanzierungsperspektiven für mittelständische Unternehmen stellte Dr. Stefan Breuer von der Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW vor. Er erläuterte, wie die KfW gemeinsam mit der Hausbank den Mittelstand unterstützen kann. Immer wichtiger werde, so Breuer weiter, das Rating. Erschreckend sei hierbei, dass laut einer Studie 30 Prozent der Unternehmer nicht wissen, ob sie geratet sind.

Ein gutes Beispiel dafür, wie der ÖPNV im ländlichen Raum positiv gestaltet werden kann, zeigte Edi Reiz von der Kreisverwaltung Cochem-Zell auf. Der Landkreis habe es mit einem angebotsorientierten ÖPNV und mit der Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen geschafft, die Fahrgastzahlen in den letzten vier Jahren um 25 Prozent zu steigern. Der ÖPNV des Landkreises wird nun durch die TU Kaiserslautern in dem Projekt „Handlungsempfehlung für einen attraktiven, umweltfreundlichen und leistungsfähigen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der Fläche“ wissenschaftlich begleitet.

In seiner Zusammenfassung forderte Heino Brodschelm, Brodschelm Verkehrsbetrieb GmbH, „ein einheitliches Bild der Verkehrsträger“. Er stellte erneut heraus, „wie wichtig es ist, zusammenzuarbeiten.“ Der Kongress hätte zudem gezeigt, welche Risiken der Aufgabenträger bei Ausschreibungen hat, ein höheres Risiko als bei Direktvergaben an lokale Unternehmer, so Brodschelm. Der Vorrang kommerzieller Verkehre müsse erhalten bleiben. „Wir wollen keine Ostverhältnisse im ÖPNV“, schloss er den Kongress.

Fotos vom bdo-Kongress finden Sie im Veranstaltungsarchiv unter www.bdo-online.de



Krise und Gesellschaft: Prof. Dr. Herfried Münkler



EG-Verordnung: Prof. Dr. Jan Ziekow



Kredite von der KfW: Dr. Stefan Breuer



Ländlicher ÖPNV: Edi Reiz

IMPRESSUM

Herausgeber
Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo)
Reinhardtstraße 25
10117 Berlin
Telefon 00 49 / (0) 30 / 2 40 89 -3 00
Telefax 00 49 / (0) 30 / 2 40 89 -4 00
Internet: www.bdo-online.de
E-Mail: info@bdo-online.de
V.i.S.d.P. Martin Kaßler
Redaktion Martin Kaßler

POLITIKER ZU GAST IN DER BDO-GESCHÄFTSSTELLE

bdo-Fastenfischessen wieder mit hoher Beteiligung

Alljährlich in der Fastenzeit veranstaltet der bdo sein legendäres Fastenfischessen in den Räumlichkeiten der Berliner Geschäftsstelle. In diesem Jahr konnte Präsident Wolfgang Steinbrück rund 150 Gäste begrüßen.

Unter den mehr als 60 Bundestagsabgeordneten waren der Ausschuss-Vorsitzende Klaus Brähmig (CDU), der AG-Sprecher Verkehr der CDU/CSU-Fraktion Dirk Fischer sowie sein FDP-Pendant Patrick Döring. Sören Barthol (SPD) stand ebenfalls in regem Austausch mit den Gästen. Aber auch ehemalige Abgeordnete kamen aus alter Verbundenheit zum bdo, unter anderem Renate Blank (CSU) und Horst Friedrich (FDP). Besonders erfreut war man beim bdo über das Kommen des ehemaligen Tourismusbeauftragten der Bundesregierung MdB Ernst Hinsken (CSU).

Der Vorsitzende des Ausschusses Wirtschaft & Technologie, Eduard Oswald (CSU), ließ es sich nicht nehmen, stellvertretend für die Abgeordneten ein paar Grußworte an die Gäste zu richten. Oswald betonte dabei, dass der Mittelstand auch weiterhin eine unverzichtbare Säule im Nahverkehr bleiben wird und



Wie in jedem Jahr eröffnete Präsident Steinbrück auch das 10. Fastenfischessen mit einer humorigen Ansprache. Später verlost er gemeinsam mit zwei Glücksfeen reichhaltige Gourmetkörbe unter den Gästen.

dies bereits im Koalitionsvertrag zum Ausdruck kam. Das dürften auch mit Interesse VDV-Vizepräsident Herbert König (MV) sowie Graf von der Schulenburg (DB Stadtverkehr) vernommen haben, die ebenfalls an diesem Abend anwesend waren.

Zu späterer Stunde gaben sich die beiden Parlamentarischen Staatssekretäre des Bundesverkehrsministeriums Dr. Andreas Scheuer (CSU) und Enak Ferlemann (CDU) die Ehre – seit Jahren willkommene Gesprächspartner des bdo.



Ernst Hinsken MdB freut sich mit Gunther Mörl und Wolfgang Steinbrück



Wie an Bord eines Kreuzfahrtschiffs unterhielt ein Zauberer die Gäste



In Feierlaune: Patrick Döring, Dirk Fischer, Karl Hülsmann und Heino Brodschelm



Vizepräsidentin Dr. Gisela Volz und Martin Kaßler, u. a. mit Gero Storzjohann MdB (CDU)

NWO-AJO-JUBILÄUMSTAGUNG

Nordrhein-Westfalens Busunternehmer zu Gast in Sölden

Über 60 Teilnehmer machten sich am 16. Januar 2010 aus Nordrhein-Westfalen nach Sölden zur 25. NWO-AJO-Tagung auf. Zum Auftakt lernten sie das Skigebiet kennen, bevor abends bereits das erste gesellige Highlight auf dem Programm stand: Der GEFA-Abend. Diesmal führte eine Fackelwanderung die Gruppe zur Gampe-Alm.

Am nächsten Tag begannen die Seminare. Zuerst stellte die Tourismusregion Ötztal ihr vielfältiges Angebot für die Omnibustouristik vor, über das Thema „Kreditklemme für den Mittelstand“ referierte daraufhin Leo Veckes von der GEFA. Nach einem schönen zweiten Ski-



Lutz Michels (I.) wurde auf der Tagung geehrt

tag lud am Abend Setra zum geselligen Zusammensein ein. Am Mittwoch wurde die Seminarreihe fortgesetzt mit der Kravag, die speziell für den NWO entwickelte Versicherungspakete vorstellte. Am Tag darauf ging es mit frischer Kraft in das Hauptseminar der diesjährigen AJO. „Fit für die Zukunft“ wollte Gunther Mörl, bdo-Hauptgeschäftsführer, die Unternehmer mit seinem gelungenen Beitrag machen.

Wie es anlässlich eines Vierteljahrhunderts NWO-AJO anders nicht sein kann, gehörte der Abend der Jubiläumsfeier. Dabei wurde unter anderem Lutz Michels geehrt, der als einziger Teilnehmer alle 25 AJO mitgemacht hat.

EXKLUSIVSEMINAR UND BROSCHÜRE

bdo erweitert touristisches Angebot

Hotelbuchungen und die Reservierung von Hotelkontingenten gehören in der Praxis vieler Omnibusunternehmen zum täglichen Geschäft. In der Regel verläuft die Abwicklung völlig unproblematisch. Probleme treten jedoch dann auf, wenn zum Beispiel wegen zu geringer Teilnehmerzahl die Hotelbuchung storniert werden muss oder wenn der Unternehmer andere Erwartungen an die (Service-)Leistungen des gebuchten Hotels stellt.

Dann steht schnell die Frage im Raum, wer welche Ansprüche geltend machen kann und ob und gegebenenfalls wessen Geschäftsbedingungen vereinbart wurden. Der bdo hat daher in Zusammenarbeit mit dem Reiserechtsexperten RA Rainer Noll ein Merkblatt erarbeitet, das den Unternehmen einen Überblick über die wichtigsten rechtlichen Risiken und Fragestellungen in Zusammenhang mit Beherbergungsunternehmen gibt und als erste Hilfestellung bei der Vertragsgestaltung dient. Die Publikation ergänzt die „Muster-Reisebedingungen für Pauschalangebote“ sowie die „Muster AGB Mietomnibus“. Der Verband gibt seinen Mitgliedern damit eine weitere Hilfestellung für die reiserechtliche Praxis „an die Hand“. Zudem stellt das Merkblatt den Beginn einer reiserechtlichen Publikationsreihe dar.

Zum gleichen Themenbereich bietet der bdo das nächste reiserechtliche Tagesseminar an, das am 13. April 2010 in Berlin stattfinden wird. Rechtsanwalt Noll informiert zur Vertragsgestaltung mit Beherbergungsunternehmen und wird ebenfalls einen umfangreichen Überblick über die Rechts- und Vertragsbeziehungen zu Paketreiseveranstaltern, Inlandstourismustellen und Auslandsagenturen, Fluggesellschaften, Reiseleitern und Restaurationsbetrieben geben.



Das Seminar richtet sich an die Geschäftsführer und leitenden Mitarbeiter der Unternehmen sowie der bdo Landesverbände. Der Teilnehmerpreis beträgt 90 Euro (zzgl. MwSt.). Die Teilnehmerzahl ist auf 25

Personen begrenzt. Programm und Anmeldemöglichkeiten sind bei den Landesverbänden erhältlich.

BDO-KONJUNKTURUMFRAGE

Verhaltene Aussichten 2010

Fast 160 Busunternehmen nahmen an der diesjährigen Konjunkturumfrage des bdo teil, deren Ergebnisse nun vorliegen. Die Daten zeigen, dass das Gewerbe besser als erwartet das Krisenjahr 2009 bewältigt hat und nur leichte Verluste hinnehmen musste. Im laufenden Geschäftsjahr geht jedoch die Mehrzahl der Unternehmen von einem negativen Verlauf aus.

Bereits zum fünften Mal führte der bdo seine Konjunkturumfrage durch und kam zu überraschenden Ergebnissen. Gingen für 2009 fast alle Bustouristiker von einem sehr schwachen Verlauf aus, so konnte dies in der Erhebung nicht bestätigt werden. Lediglich zwei Prozent der Unternehmen gingen in 2009 von einem positiven Geschäftsverlauf aus. Die aktuelle Umfrage ergab hingegen, dass 44 Prozent der Unternehmen einen steigenden Umsatz verzeichnen konnten. Insgesamt betrachtet nahm der Umsatz im Durchschnitt aber um ein Prozent ab. Auch kam es zu durchschnittlichen Gewinneinbußen von minus 3,9 Prozent, wobei immerhin 43 Prozent der befragten Unternehmen einen höheren Gewinn als 2008 ausweisen konnten. Bei den Urlaubsfahrten stagnieren weiter die Auslandsreisen. Der

Trend zum Deutschland-Tourismus hingegen wird fortgesetzt. Der Inlandstourismus-Marktanteil stieg in 2009 um elf Prozent. Damit wurde die Prognose bestätigt.

Für 2010 sind die Erwartungen gedämpft. 98 Prozent der Bustouristiker erwarten schlechtere (47 Prozent) oder allenfalls gleichbleibende (51 Prozent) Geschäftsergebnisse und gehen von weniger Urlaubsreisen aus. Auch im ÖPNV ist die Lage ähnlich. Nur sieben Prozent der befragten Unternehmen gehen von einem guten Geschäftsverlauf in 2010 aus. 64 Prozent der Unternehmen sehen die Lage unverändert, 29 Prozent gehen von einer schlechteren Entwicklung aus. Entscheidend dafür sind aus unternehmerischer Sicht ein steigender Kostensenkungsdruck und eine Ab-



nahme der Schülerzahlen in Verbindung mit verringerten Ausgleichsleistungen. Viele Unternehmen befürchten zudem einen Dumping-Wettbewerb beim Ausschreiben von Verkehrsleistungen. Das ÖPNV-Geschäftsjahr 2009 hingegen, konnte insgesamt mit einem Umsatzplus von 2,9 Prozent abgeschlossen werden. Dies ist auf einen leichten Anstieg der Fahrgastzahlen und gefallene Dieselpreise zurückzuführen.

www.bdo-online.de

TREFFEN IM BMU

bdo verdeutlicht Umweltzonen-Problematik

Zu einem Meinungsaustausch im Bundesumweltministerium kam der bdo mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Ursula Heinen-Esser (CDU) in Berlin zusammen. Hauptgeschäftsführer Gunther Mörl wies daraufhin, dass aus Sicht des bdo der Omnibus als umweltfreundlichstes Verkehrsmittel nicht die Aufmerksamkeit im Ministerium erhält, die wünschenswert wäre. Am Beispiel der Umweltzonen zeige sich zudem, wie neue bürokratische Hemmnisse und finanzielle Belastungen mittelständische Busunternehmen im Wettbewerb der Verkehrsträger benachteiligen. Der Forderung des bdo nach völliger Herausnahme des Omnibusses aus der Kennzeichnungsverordnung gibt das Ministerium jedoch nur geringe Chancen. Dagegen werden die Chancen

für eine einheitliche deutsche Gesamtregelung (Wegfall der „Kleinstaaterei“) als deutlich besser eingeschätzt. Dies sei jedoch nur im Zusammenspiel mit den Bundesländern zu erreichen, wie Heinen-Esser betonte.



Gunther Mörl traf Ursula Heinen-Esser von der CDU